

# Politische Kultur in Ostdeutschland

---

## I. Transformation und politische Kultur

---

Mit dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 und der Vereinigung Deutschlands vor nunmehr elf Jahren am 3. Oktober 1990 ging nicht nur, wie es der englische Historiker Eric Hobsbawm formulierte, das kurze und extreme 20. Jahrhundert zu Ende.<sup>1</sup> Vielmehr begann simultan in allen Staaten des ehemaligen Ostblocks ein vielschichtiger Prozess der Transformation. Eine Staats- und Gesellschaftsformation sowjetischen Typs sollte in ein demokratisch-repräsentatives, pluralistisches, gewaltenteilig organisiertes und auf der Achtung der Menschenrechte basierendes Staatswesen mit sozialer und freier Marktwirtschaft verwandelt werden. Im Falle der DDR war diese Transformation zugleich mit einer Integration in die Institutionen- und Gesellschaftsordnung der (alten) Bundesrepublik Deutschland verbunden.<sup>2</sup>

Die Erwartungen, dass die institutionell-strukturelle Transformation und Integration der DDR bzw. Ostdeutschlands relativ schnell und vor allem problemlos vonstatten gehen und bald ein reibungsloses Funktionieren der politischen und sozialen Ordnungssysteme westlicher Demokratien garantieren würde, wurden nicht erfüllt. Abgesehen davon, dass die reichlich optimistischen Einschätzungen eines ökonomischen Wachstums zum Teil herb enttäuscht wurden, machten sich in den Verwaltungen Reibungsverluste und deutliche Kooperationsprobleme bemerkbar, stießen die Parteien und Verbände (auch bei ihren verbliebenen Mitgliedern) auf Skepsis oder sogar Ablehnung, zeigten die Bürger in den neuen Bundesländern insgesamt ein gewisses Akzeptanzdefizit gegenüber den neuen Institutionen. Von der Mauer in den Köpfen oder den zwei deutlich getrennten politischen Teilkulturen war die Rede.<sup>3</sup>

1 Vgl. Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München–Wien 1995, S. 13–33.

2 Vgl. im Einzelnen Alexander Thumfart, *Die politische Integration Ostdeutschlands*, 2 Bde., Frankfurt/M. 2001.

3 Vgl. generell die Einzelstudien in den Sammelbänden: Max Kaase/Andreas Eisen/Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Hellmut Wollmann, *Politisches System*, Opladen 1996;

Institutioneller Auf- wie Umbau war nicht automatisch mit Integration gekoppelt, er führte manchmal sogar eher zum Gegenteil und hatte darüber hinaus selbst einen blinden Fleck. Es war wohl (auch von Seiten der sozialwissenschaftlichen Forschung) zunächst allzu sehr in den Hintergrund gedrängt worden, dass politisch-gesellschaftliche Institutionen in ein kulturelles Umfeld im weitesten Sinne eingelassen sind, das ihr Funktionieren, ihre Stabilität, ihre Legitimität und ihre Akzeptanz wie Geltung zwar nicht garantiert, aber doch zumindest stützt, trägt und mit bedingt.<sup>4</sup>

Wie Institutionen kulturelle Muster erzeugen, verstetigen und verändern, so gestalten, modifizieren, stabilisieren oder delegitimieren Werthaltungen und Einstellungen auch politische Strukturen. Das bedeutet, dass Kultur insgesamt nicht nur einen wichtigen Faktor innerhalb eines politischen Gesamtzusammenhanges darstellt, sondern vor allem, dass sich demokratische Struktur und demokratische politische Kultur entgegenkommen und in etwa auch entsprechen müssen oder sollten.<sup>5</sup> Die Transformation und besonders die Integration Ostdeutschlands konnten sich daher nicht im Transfer demokratischer Institutionen erschöpfen, sondern waren und sind auf die Unterstützung durch eine im weitesten Sinne demokratische politische Kultur angewiesen.

Oskar Niedermayer (Hrsg.), *Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland*, Opladen 1996; Hellmut Wollmann/Hans-Ulrich Derlien/Klaus König/Wolfgang Rensch/Wolfgang Seibel, *Transformation der politisch-administrativen Strukturen in Ostdeutschland*, Opladen 1997; Hans Bertram/Wolfgang Kreher/Irene Müller-Hartmann (Hrsg.), *Systemwechsel zwischen Projekt und Prozess*, Opladen 1998; Hartmut Esser (Hrsg.), *Der Wandel nach der Wende. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik in Ostdeutschland*, Wiesbaden 2000; Hans Bertram/Raj Kollmorgen (Hrsg.), *Die Transformation Ostdeutschlands*, Opladen 2001.

4 Vgl. etwa Arno Waschkuhn/Alexander Thumfart, *Projekt: Politik in Ostdeutschland: Einleitung*, in: dies. (Hrsg.), *Politik in Ostdeutschland. Lehrbuch zur Transformation und Innovation*, München u. a. 1999; Roger Eatwell, *The Importance of the political culture approach*, in: ders. (Hrsg.), *European Political Culture. Conflict or Convergence*, London u. a. 1997.

5 Vgl. Oscar W. Gabriel, *Einleitung: Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im Transformationsprozess*, in: ders. (Hrsg.), *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*, Opladen 1997.

---

## II. Elemente politischer Kultur und Gerechtigkeitsvorstellungen als Beispiel

---

Politische Kulturforschung ist weder eine einheitliche Forschungsrichtung mit einer klar umrissenen Kulturkonzeption oder gemeinsam geteilter Methodik, noch kann sie den Anspruch erheben, Aussagen über die politische Kultur einer Nation mit etwa naturwissenschaftsanaloger Sicherheit machen zu können.<sup>6</sup> Wenn man jedoch bereit ist, das Konzept Politische Kultur als ein hinlänglich komplexes heuristisches Such- und Forschungsmodell zu betrachten, und wenn man zudem bereit ist, Plausibilitätsgründe mit Zeitindex und mittlerer Reichweite anzuerkennen, also die Erwartung definitiver Letzt- oder Allaussagen storniert, kann sozialwissenschaftliche Kulturforschung wichtige Bausteine zur Erfassung der politisch-sozialen und mental-kulturellen Wirklichkeit liefern. Gleichwohl bleibt eine etwa synoptische Erfassung „der“ politischen Kultur Ost- wie Westdeutschlands auch dann noch ein utopisches Unterfangen.

Man sollte sich deshalb auf Ausschnitte konzentrieren. Ein gutes Beispiel dafür ist der Komplex der Gerechtigkeitsvorstellungen der Bürgerinnen und Bürger in Ost- wie Westdeutschland. So sind Fragen der Gerechtigkeit nicht nur „mit der Wiedervereinigung . . . zu einem zentralen Thema geworden“<sup>7</sup>, sondern umfassen und erfassen zugleich mehrere kognitive (geistige) und *emotional*-affektive Einstellungskomponenten, etwa Wahrnehmung und Bewertung wirtschaftlicher Umstände, Anschauungen über Mitgliedschaften sowie Einschätzungen der Vergangenheit. „Gerechtigkeit“ ist nicht nur ein zentrales Ordnungsprinzip staatlichen Zusammenlebens, sondern sie fungierte zudem als prominenter Faktor innerhalb der ehemaligen Systemkonkurrenz. So eignet sie sich besonders gut für einen kritischen Vergleich zwi-

6 Vgl. Oscar W. Gabriel u. Mitarbeit v. Katja Neller, Einleitung: Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, in: Jürgen Falter/Oscar W. Gabriel/Hans Rattinger (Hrsg.), Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen 2000, S. 18; Birgit Schwelling, Politische Kulturforschung als kultureller Blick auf das Politische. Überlegungen zu einer Neuorientierung der Politischen Kulturforschung nach dem „cultural turn“, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 11 (2001) 2, S. 601–629; Volker Pesch, Handlungstheorie und Politische Kultur, Wiesbaden 2000.

7 Dieter Frey/Eva Jonas, Anmerkungen anlässlich der deutschen Wiedervereinigung – Theorie und Empirie, in: Manfred Schmitt/Leo Montada (Hrsg.), Gerechtigkeitsleben im vereinigten Deutschland, Opladen 1999, S. 331.

schen ost- und westdeutschen politisch-kulturellen Vorstellungen.<sup>8</sup>

Ich werde so vorgehen, dass ich zunächst ein paar eher allgemeinere Ergebnisse politischer Kulturforschung der letzten Jahre präsentiere und diese anschließend mit Resultaten der Gerechtigkeitsforschung verbinde.

Fragt man nach den Gewinnen und Verlusten, welche die deutsche Vereinigung für die ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger gebracht haben, ergibt sich ein differenziertes Bild mit deutlicher Schwerpunktsetzung. In solchen Feldern wie Solidarität, soziale Sicherheit, gemeinschaftliches Leben, gesellschaftliche Anerkennung von Leistung sowie Chancengleichheit bewerteten die Ostdeutschen 1996/1997 und 1998 die DDR als zum Teil erheblich besser als das vereinigte Deutschland. Das heißt umgekehrt, dass die neue Bundesrepublik Deutschland in den Augen der Ostdeutschen in all diesen Punkten verloren hat, mithin die Vergleichsbilanz eindeutig negativ ausfällt. Lediglich in solchen Bereichen wie Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung und Freiheit liegt die neue Bundesrepublik im Vergleich zur DDR vorn, zum Teil allerdings nur minimal.<sup>9</sup>

Ebenfalls negativ sind die Vergleichsbewertungen in solchen Politikfeldern wie Schwangerschaftsabbruch, Sicherheit vor Verbrechen, Kinder- und Jugendschutz, Gleichstellung der Frauen sowie

8 Wenn im Folgenden einige Ergebnisse der relativ jungen, interdisziplinären empirischen Gerechtigkeitsforschung vorgestellt und interpretiert werden, so kann es gleichzeitig nicht darum gehen, diese Gerechtigkeitsvorstellungen nochmals zu beurteilen. Die Gerechtigkeit von Gerechtigkeitsurteilen steht auf einem gänzlich anderen Blatt. Einen Überblick über die empirische Gerechtigkeitsforschung liefern James R. Kluegel/David S. Mason/Bernd Wegener (Hrsg.), Social Justice and Political Change. Public Opinion in Capitalist and Post-Communist States, Berlin u. a. 1995; Hans-Peter Müller/Bernd Wegener (Hrsg.), Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit, Opladen 1995; M. Schmitt/L. Montada (Anm. 7); Bernd Wegener, Belohnungs- und Gerechtigkeitsprinzipien. Die zwei Welten der Gerechtigkeitsforschung, in: Ulrich Druwe/Volker Kunz (Hrsg.), Politische Gerechtigkeit, Opladen 1999.

9 Auf einer Skala von 1 (sehr stark ausgeprägt) bis 5 (überhaupt nicht ausgeprägt) ergaben sich 1996 für die DDR folgende Ergebnisse (die für die vereinte Bundesrepublik Deutschland in Klammern): Solidarität 1.61 (3.86), soziale Sicherheit 1.54 (3.67), gemeinschaftliches Leben 1.82 (3.63), gesellschaftliche Arbeit, Engagement 2.11 (3.60), gesellschaftliche Anerkennung von Leistung 2.04 (3.31), Chancengleichheit 2.84 (3.32). Für Selbstbestimmung lauten die Ergebnisse 2.95 (2.55), für Selbstverwirklichung 2.95 (2.62), für Freiheit 3.61 (2.14); vgl. Leo Montada/Anne Dieter, Gewinn- und Verlusterfahrungen in den neuen Bundesländern: Nicht die Kaufkraft der Einkommen, sondern politische Bewertungen sind entscheidend, in: M. Schmitt/L. Montada (Anm. 7), S. 33. Mit ähnlichen Ergebnissen für 1998 vgl. Volker Kunz, Einstellungen zu Wirtschaft und Gesellschaft in den alten und neuen Bundesländern, in: J. Falter/O. W. Gabriel/H. Rattinger (Anm. 6), S. 530–531.

dem Themenfeld „Staat als Hüter der Bürger“, die alle als Verluste qualifiziert werden. Zudem existieren negative Bilanzen auch auf solchen Feldern wie der freien Bildungs- und Berufswahl und sogar der Rechtsprechung, während für die Bereiche Umweltschutz, freie Meinungsäußerung und Reisefreiheit eine z.T. stark positive Vergleichsbilanz gezogen wird.<sup>10</sup> Nach Gunnar Winkler überwiegen – in absteigender Prozentzahl – in solchen Segmenten wie Warenangebot, Reisen, Vielfalt der Vereine, persönliche Freiheit die Gewinne der Einheit, hingegen in den Bereichen von Politik, sozialen Beziehungen, Kultur, dem Umgang mit Behörden, der Arbeit, der persönlichen wie sozialen Sicherheit – in aufsteigender Prozentzahl – die Verluste. Relativ ausgeglichen sind die Einschätzungen hingegen im Themenbereich Wohnen, Umwelt und Partnerschaft.<sup>11</sup>

Nun lassen sich zumindest einige der Faktoren ermitteln, die positiv, negativ oder überhaupt nicht in die einzelnen Themenfelder dieser Gewinn- und Verlustbilanzen als Determinanten einfließen. So scheinen etwa die Faktoren des momentanen Status im Arbeitsleben sowie des Bildungsgrad keinerlei Einfluss zu haben auf die Verluste in den Bereichen persönliche Sicherheit, menschliches Miteinander und soziale Einrichtungen. Unabhängig davon, ob die urteilende Person Arbeit hat oder nicht und welchen Bildungsgrad sie besitzt, und nur marginal abhängig vom Alter werden diese Verluste zu prozentual sehr ähnlichen Quoten immer als Verluste genannt.<sup>12</sup> Deutlichere Verschiebungen lassen sich erst verzeichnen, nimmt man als Urteilsdeterminanten die Faktoren momentanes Einkommen, Belastungen während der Wendezeit und soziale Integriertheit hinzu. Dann zeigt sich, dass Personen mit höheren Einkommen, geringen Belastungserfahrungen und positiven Erfahrungen hinsichtlich des gegenwärtigen Integriertseins eine zum Positiven hin verschobene

Bilanz ziehen. Dieser Personenkreis bewertet die oben angeführten Verluste zwar auch als Verluste wie Personen mit geringerem Einkommen, Belastungserfahrungen im Gefolge der Wendezeit und mehr oder weniger ausgeprägten momentanen Desintegrationserlebnissen, veranschlagt sie aber im Durchschnitt prozentual geringer, während er umgekehrt auch die angeführten Gewinne prozentual stärker hervorhebt.<sup>13</sup>

Scheint damit die bessere materielle momentane persönliche Situation sowie das Gefühl der Integriertheit einen leidlich positiven Einfluss auf die Gewinn- und Verlustbilanz zu haben, so ist die Einschätzung der eigenen materiell-ideellen persönlichen Situation doch ihrerseits von mehreren anderen Faktoren mitgeprägt: Je besser der *allgemeine Wohlstand* und die gesellschaftlichen *Werte der DDR* im Rückblick qualifiziert werden, desto ungünstiger werden die gegenwärtigen persönlichen Umstände eingeschätzt. Aber auch Selbst- wie Fremdbilder spielen eine gewichtige Rolle. Je deutlicher Westdeutsche insgesamt als typisch kapitalistische Menschen als habgierige, rücksichtslose, egoistische und machtorientierte Persönlichkeiten beschrieben werden und je deutlicher im Gegenzug der sozialistische Mensch als hilfsbereit, sympathisch, gewissenhaft, ehrlich und bescheiden gezeichnet wird, desto ungünstiger wird der derzeitige persönlich-gesellschaftliche Zustand gesehen.<sup>14</sup> Die Wahrnehmung und Beurteilung der eigenen momentanen Lage ist mithin in einem sehr viel komplexeren Kontext mit eher allgemeinen materiellen und ideellen Einschätzungen zu sehen, wird also zu einem nicht unwesentlichen Teil von Vergleichen zwischen DDR und (vereinigter) Bundesrepublik Deutschland und spezifischen, historisch imprägnierten Vorurteilsstrukturen in der (aktuellen) Fremd- wie Selbstbeschreibung bestimmt.

Der Analyse dieser Ergebnisse sollte ein Blick auf die Gegenwart vorausgehen. So hat zunächst der Anteil derjenigen, die für die Zukunft des vereinten Deutschland eine gesellschaftliche Verbesserung in der Entwicklung des sozialen Netzes, des Arbeitsmarktes und der allgemein-ökonomischen Sicherheit erhoffen, seit 1994 deutlich und kontinuierlich abgenommen und lag im Juni 1997 erstmals unter dem Anteil jener, die eine Verschlimmerung der Situation erwarten. Ebenfalls zurück ging der Anteil jener, die sowohl Befürchtungen als auch Hoffnungen äußerten.<sup>15</sup> Diese insgesamt

10 Vgl. L. Montada/A. Dieter (Anm. 9), S. 34.

11 Beim Topos Warenangebot werden 83 % Gewinne gesehen, Reisen 63 %, Vielfalt 48 %, persönliche Freiheit 42 %. Verluste gibt es bei Politik mit 19 %, sozialen Beziehungen mit 27 %, Kultur mit 28 %, Umgang mit Behörden zu 41 %, Arbeit mit 57 %, persönliche Sicherheit mit 69 %, sozialer Sicherheit mit 75 %; vgl. Gunnar Winkler, *Leben in den neuen Bundesländern. Ergebnisse der empirischen Untersuchung „Leben 97“*, in: M. Schmitt/L. Montada (Anm. 7), S. 146.

12 Vgl. Katja Wiethoff/Jens Eisermann/Berhard Meyer-Probst/Olaf Reis, *Gewinne und Verluste von Gewinnern und Verlierern: Zusammenhänge mit Gesundheit, Belastungen und Einstellungen*, in: Aike Hessel/Michael Geyer/Elmar Brähler (Hrsg.), *Gewinne und Verluste sozialen Wandels. Globalisierung und deutsche Wiedervereinigung aus psychosozialer Sicht*, Opladen–Wiesbaden, S. 157; Leo Montada, *Gerechtigkeitsansprüche und Ungerechtigkeits erleben in den neuen Bundesländern*, in: Walter R. Heinz/Stefan E. Hornmuth (Hrsg.), *Arbeit und Gerechtigkeit im ostdeutschen Transformationsprozess*, Opladen 1997, S. 267.

13 Vgl. K. Wiethoff/J. Eisermann/B. Meyer-Probst/O. Reis, ebd., S. 169.

14 Vgl. L. Montada/A. Dieter (Anm. 9), S. 28–38.

15 29 % der befragten ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger erwarteten 1997 Verschlimmerungen, 24 % haben Hoff-

negative Entwicklung vollzog sich nicht nur bei jenen, die materielle Einbußen erlitten haben oder sich als sozial eher desintegriert empfinden, sondern erfasste auch jene, die sich als relativ gut verankert bezeichneten.<sup>16</sup> Parallel zu diesen Veränderungen nahm der Anteil derjenigen zum Teil dramatisch zu, die der DDR im Rückblick auch in jenen Feldern ein positives Zeugnis ausstellten.<sup>17</sup>

Verstärkt die Tendenz zur positiven Rückerinnerung<sup>18</sup> die Neigung zur Negativbewertung der momentanen persönlichen Situation, erstaunt es vor diesem Hintergrund nicht, dass 1998 trotz einer objektiven Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards in Ostdeutschland dies gerade mit Blick auf die persönlichen Lebensumstände „offensichtlich von einer Mehrheit der Ostdeutschen nicht so empfunden“ wird.<sup>19</sup> Die Situationswahrnehmungen sind nicht mit in Zahlen präsentierbaren (ökonomischen) Entwicklungen kongruent, sondern folgen eigenen Gesetzen.

Dazu zählen auch die Selbst- wie Fremdbilder. So definierten sich 1996 nur 16 % der ostdeutschen Bürger in erster Linie als Bürger Gesamtdeutschlands, während sich 82 % zuerst als Ostdeutsche

nungen auf Verbesserungen, 48 % geben ein Sowohl-als auch an; vgl. G. Winkler (Anm. 11), S. 137. Im Jahre 1998 äußerten nur noch 13 % (1991 63 %) in Ostdeutschland positive gesamtwirtschaftliche Zukunftsperspektiven; Oscar W. Gabriel/Katja Neller, Stabilität und Wandel politischer Unterstützung im vereinigten Deutschland, in: H. Esser (Anm. 3), S. 74.

16 Die Befürchtungen stiegen von 18 % im Jahre 1995 auf 33 % im Jahre 1996 und die Einschätzung der Lebenszufriedenheit bei Integrierten fiel auf einer Skala von 1 (nicht integriert) bis 10 (sehr gut integriert) von 8,1 im Jahr 1995 auf 7,5 im Jahre 1996; vgl. Toni Hahn, Differenzierte Arbeitslosigkeitsverläufe Ostdeutscher – differenzierte Befindlichkeiten, in: M. Schmitt/L. Montada (Anm. 7), S. 78.

17 Auf die Frage, in welchen Feldern die DDR der Bundesrepublik überlegen war, antworteten 1995 (Ergebnisse von 1990 in Klammern): Wirtschaft/Technik 6 % (2 %), Lebensstandard 8 % (25), Gesundheitswesen 57 % (18 %), Versorgung mit Wohnungen 53 % (27 %), Schulbildung 70 % (33 %), Schutz vor Verbrechen 88 % (62 %), soziale Sicherheit 92 % (65 %); Zahlen nach L. Montada/A. Dieter (Anm. 9), S. 42. Ganz im gleichen Sinne die Ergebnisse einer Umfrage von 1999, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe vom 14./15. August 1999, S. 37.

18 Auch für 1998 gilt, dass die „neuen Bundesbürger . . . ihren früheren Staat erstaunlich positiv (sehen)“. Kai Arzheimer/Markus Klein, Gesellschaftspolitische Wertorientierungen und Staatszielvorstellungen im Ost-West-Vergleich, in: J. Falter/O.W. Gabriel/H. Rattinger (Anm. 6), S. 387. Juhász bemerkt für 1998, dass „sich im Osten die Bewertungen sowohl des Sozialismus als auch der DDR-Vergangenheit (verbesserten)“; Zoltán Juhász, Politische Ideologie im vereinigten Deutschland, in: J. Falter/O.W. Gabriel/H. Rattinger (Anm. 6), S. 345.

19 Katja Neller, DDR-Nostalgie? Analysen zur Identifikation der Ostdeutschen mit ihrer politischen Vergangenheit, zur ostdeutschen Identität und zur Ost-West-Stereotypisierung, in: J. Falter/O. W. Gabriel/H. Rattinger (Anm. 6), S. 584.

sahen.<sup>20</sup> Seit 1991 nahm der Anteil derjenigen kontinuierlich zu, die „eindeutig mehr Sympathie für die Eigen- als für die Außengruppe“ empfinden, und lag 1996 sowohl für Ost- als auch für Westdeutschland bei etwas mehr als 60 %, wobei ein Drittel in beiden Bevölkerungsgruppen zudem einem ausgeprägten innerdeutschen Ethnozentrismus huldigte.<sup>21</sup> Zugleich wuchs auch der Anteil derjenigen Ost- wie Westdeutschen, die der Aussage voll zustimmten, dass ihnen die Bürger des jeweils anderen Teiles fremder seien als die Bürger anderer Staaten; er lag 1998 bei 26,9 % in West-, 21,8 % in Ostdeutschland.<sup>22</sup> Weiterhin waren 1999 55 % aller Bundesbürger der Meinung, das Gemeinschaftsgefühl in Deutschland werde eher abnehmen, wobei mit 70,8 % diese Erwartung in Ostdeutschland besonders hoch ausfiel. Nur 23 % aller Bundesbürger (13,2 % Ost, 25,5 % West) erwarteten eine Zunahme des Gemeinschaftsgefühls.<sup>23</sup> Diese Art Einkapselung in die Eigengruppe schreibt nicht nur eine vierzigjährige Distanz und wechselseitige Fremdheit fort, sondern beeinflusst auch die reziproken Qualifizierungen hinsichtlich Gewinnern und Verlierern seit der Wende. 1998 waren drei Viertel der Westdeutschen der Überzeugung, die Vereinigung habe ihnen Nachteile gebracht, und zugleich zu 83 % der Ansicht, die Ostdeutschen hätten eindeutig profitiert. Umgekehrt meinte mehr als die Hälfte der Ostdeutschen, sie hätten durch die Wende mehr Nachteile erfahren, während 75 % die Überzeugung äußerten, die Vorteile hätten allein die Westdeutschen eingeheimst.<sup>24</sup>

20 Vgl. Jürgen Maes/Manfred Schmitt/Ulrich Seiler, Ungerechtigkeit im wiedervereinigten Deutschland und psychosomatisches Wohlbefinden, in: A. Hessel/M. Geyer/E. Brähler (Anm. 12), S. 184. Mit ähnlichen Ergebnissen und der Feststellung einer „deutlich geäußerte(n) spezifische(n) Ostidentität“ Thomas Blank/Horst-Alfred Heinrich/Peter Schmidt, Nationale Identität und kollektive Erinnerung der Deutschen: Messung, Erklärung und Veränderung über die Zeit, in: H. Esser (Anm. 3), S. 267–268.

21 Vgl. Bettina Westle, Einstellungen zur Nation und zu den Mitbürgern, in: O.W. Gabriel (Anm. 5), S. 75; Frank Etrich, Gerechtigkeitsaspekte postkommunistischer Transformationsprozesse, in: Andreas Dornheim/Winfried Franzen/Alexander Thumfart/Arno Waschkuhn (Hrsg.), Gerechtigkeit. Interdisziplinäre Perspektiven, Wiesbaden 1999, S. 151 f.

22 Repräsentative Albus-Umfrage 1998 zitiert nach Wolf Wagner, Kulturschock Deutschland. Der zweite Blick, Hamburg 1999, S. 24.

23 Vgl. Elmar Brähler/Horst-Eberhard Richter, Deutsche – zehn Jahre nach der Wende. Ergebnisse einer vergleichenden Ost-West-Untersuchung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/99, S. 27, Abbildungen.

24 Repräsentative Albus-Umfrage 1998 zitiert nach W. Wagner (Anm. 22), S. 23 f. Jörg Jacobs präsentiert in seiner Vier-Länder-Studie etwas optimistischere Zahlen für 1998, vor allem hinsichtlich der Gruppe, die keinen Unterschied in ihrem sozialen Status vor und nach der Wende sieht. Gleichwohl konstatiert auch er, dass sich „nur eine Minderheit als

Werden damit die allgemeinen Verlust- und Gewinnbilanzen mit einer Ost-West-Bruchlinie aufgeladen und daran gespiegelt, so findet parallel dazu eine weitere Überlagerung statt. Die Gewinn- und Verlustbilanzen werden nämlich – mit einer bezeichnenden Ausnahme – mit dem Bewertungsraster *gerecht/ungerecht* überblendet und nahezu zur Deckung gebracht. In zehn von zwölf Items (Fragehinsichten) sind 1997 Ostdeutsche der Ansicht, dass die DDR im *historischen* Vergleich mit der neuen Bundesrepublik die *gerechtere* Gesellschaft war. Das gilt etwa hinsichtlich solcher Topoi wie Lebenslagen von Frauen, der Verteilung der Arbeit und sozialer Leistungen, der Verteilung von Löhnen und Einkommen, der Verteilung von Eigentum sowie von Ausbildungs- und Studienplätzen, und trifft sogar und wiederum auf die Rechtsprechung zu. Lediglich die Möglichkeit zu selbstständiger Arbeit und die Verteilung von Gütern des täglichen Gebrauchs (Konsumgüter) werden in der neuen Bundesrepublik als gerechter angesehen. Die erwähnten Verlusterfahrungen werden damit aber überwiegend zu Ungerechtigkeits-, die Gewinnerfahrungen zu Gerechtigkeitserfahrungen. Ausgenommen hiervon ist allerdings die ideelle Verlusterfahrung Solidarität/Isolation, die gerade *nicht* mit den Kategorien gerecht/ungerecht belegt wird.<sup>25</sup> Dieses erstaunliche Faktum soll weiter unten analysiert werden.

Gerechtigkeit bzw. Ungerechtigkeit sind für Ostdeutsche also nicht nur pointiert mit wirtschaftlichen Verhältnissen verbunden, sondern das vereinte Deutschland wird im historischen Vergleich mit der DDR auch als die *ungerechtere* Gesellschaft empfunden. Es lässt sich etwas näher spezifizieren, welche Faktoren diese Einschätzung mit bestimmen.

So liefern die Beurteilungen rein ökonomischer Verteilungsprinzipien ein komplexes Bild. Das betrifft zunächst die subjektive Einschätzung hinsichtlich gerechter Entlohnung. Die überwiegende Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung hat hierfür unterschiedliche Referenzpunkte. Ostdeutsche

Gewinner des Transformationsprozesses (sieht)“; Jörg Jacobs, *Alltag oder Vergangenheit? Einstellungen zur herrschenden politischen Ordnung in den Neuen Bundesländern, Polen, Tschechien und Ungarn*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 42 (2001) 2, S. 232.

25 Einschätzungen der DDR auf einer Skala 1 (sehr gerecht) bis 5 (sehr ungerecht) mit den Angaben für das vereinigte Deutschland im Jahre 1997 in Klammern: Lebenslagen von Frauen 1.90 (3.76), Verteilung der Arbeit 2.44 (3.76), Verteilung sozialer Leistungen 2.16 (3.32), Verteilung Einkommen/Löhne 2.79 (3.54), Verteilung von Eigentum 3.40 (3.68), Verteilung von Ausbildungs-/Studienplätzen 2.82 (3.02), Rechtsprechung 3.34 (3.68), Möglichkeit selbstständiger Arbeit 3.48 (2.29), Konsumgüter 3.32 (1.99); vgl. L. Montada/A. Dieter (Anm. 9), S. 36.

bezeichnen sich etwa als überbezahlt ausschließlich in Beziehung zu anderen Ostdeutschen, gegenüber Westdeutschen empfinden sie sich als „ungerecht“ bezahlt. Ähnliches gilt für Befragte, die sich als unterbezahlt bezeichnen. Die Frage der Gerechtigkeit des Einkommens spielt im Vergleich mit Ostdeutschen keine Rolle, sondern wird erst in der Beziehung zu vergleichbaren westdeutschen Arbeitnehmern relevant, während unterbezahlte Westdeutsche sich durchaus im Vergleich mit Westdeutschen als ungerecht bezahlt betrachten.<sup>26</sup> Erklärt wird diese spezifische Vorstellung mikroskopischer Einkommensgerechtigkeit einerseits durch eine relativ hohe Entdifferenzierung in der DDR, die Einkommensunterschiede nivellierte und damit deren Relevanz als Vergleichspunkt reduzierte. Andererseits spricht viel für eine Fortgeltung einer in der DDR eingeübten makroskopischen Gerechtigkeitsnorm, die Gerechtigkeit primär in der Gleichheit und Gleichverteilung erblickt.<sup>27</sup> Auf die Frage nämlich, welches Verteilungskriterium für die gesamte Gesellschaft gelten sollte, optieren die Ostdeutschen eindeutig für das als sozialistisch benannte Prinzip der Gleichheit. Hinter Ungarn war Ostdeutschland 1995 das „Land“, in dem am deutlichsten die sozialistischen Prinzipien der Gleichheit und staatlich organisierten Gleichverteilung als gerecht befürwortet wurden, während in Westdeutschland klar auf Individualismus und Freiheit und erst in gewissem Abstand auf wohlfahrtsstaatlichen Ausgleich gesetzt wurde und wird und somit auch deutliche Einkommensunterschiede als nicht ungerecht qualifiziert werden.<sup>28</sup>

Die Fortgeltung historisch eingeübter Gerechtigkeitsnormen wird auch durch andere Korrelationen belegt. Auf die ökonomisch konstatierbaren *aktuellen* Differenzen reagieren West- bzw. Ostdeutsche anders. Trotz der oben angeführten Aussagen westdeutscher Bürgerinnen und Bürger, sie seien Verlierer der Einheit, wird konzediert, dass der Osten Deutschlands mit Blick auf die Arbeits- und Berufssituation benachteiligt sei und es daher fair wäre, wenn der Osten etwas besser gestellt wäre als der Westen. Dieser Ausgleich setzt aber

26 Vgl. Bernd Wegener/Susanne Steinmann, *Justice Psychophysics in the Real World. Comparing Income Justice and Income Satisfaction in East and West Germany*, in: J.R. Kluegel/D.S. Mason/B. Wegener (Anm. 8), S. 168 ff.

27 Vgl. Detlef Pollack/Gert Pickel, *Die ostdeutsche Identität – Erbe des DDR-Sozialismus oder Produkt der Wiedervereinigung?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 41–42/98, S. 14 f.

28 Vgl. David S. Mason, *Justice, Socialism, and Participation in the Postcommunist States*, in: J.R. Kluegel/D.S. Mason/B. Wegener (Anm. 8), S. 61. „Dramatische Unterschiede bestehen darüber hinaus bei der Bewertung der sozialistischen Idee, die im Osten weiterhin breite Zustimmung findet.“ K. Arzheimer/M. Klein (Anm. 18), S. 396.

nicht die in Westdeutschland vorherrschende Gerechtigkeitsregel „Leistungsgerechtigkeit“ außer Kraft, sondern wird als zwar berechnete, aber momentane ausgleichende Gerechtigkeit interpretiert, nicht zuletzt deshalb, weil die deutsche Einheit auch von solchen Gefühlen wie Dankbarkeit und Stolz, bei einer Minderheit sogar mit Schuldgefühlen aufgrund einer eher als ungerechtfertigt, da historisch zufällig angesehenen Besserstellung einhergeht.<sup>29</sup> Ostdeutsche reagieren auf die gegenwärtigen Differenzen signifikant anders, nämlich mit „Angst, Empörung, Neid und Hoffnungslosigkeit“<sup>30</sup>. Diese emotionalen Haltungen drücken eine gegenüber Westdeutschland negative soziale Identität aus und befördern diese zugleich.<sup>31</sup> Diese negative soziale Identität kovariert nun ihrerseits mit der „Wahrnehmung einer *ungerechten* relativen Besserstellung“ der Westdeutschen<sup>32</sup> und bestätigt damit (allerdings auch umstrittene) Daten, die besagen, dass sich Ostdeutsche zunehmend auch deshalb als Bürger zweiter Klasse fühlen, weil die aktuellen ökonomischen Differenzen gegenüber Westdeutschland als Verletzung der Ordnungs- und Verteilungsnorm Gleichheit angesehen werden.<sup>33</sup> Wurde die Gleichheitsnorm bereits im historischen Vergleich zwischen DDR und neuer Bundesrepublik (Gewinn- und Verlustbilanz) als normativer Bezugspunkt in Anschlag gebracht *und* war von einer positiv erinnerten Ostidentität begleitet, so kommt sie auch im aktuellen

Vergleich zwischen alten und neuen Bundesländern als Messlatte zur Anwendung *und* provoziert separierende und separierte Identitätsvorstellungen.

Nun zeigen andere Untersuchungen, dass die Unterstellung der *Legitimität* gesellschaftlicher Ordnungsprinzipien generell und die von Verteilungsregeln speziell davon abhängt, wie die Durchlässigkeit (*Permeabilität*) zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen bewertet wird. Bei „geringer Permeabilität gilt: je stabiler das Gruppenverhältnis, desto illegitimer ist es . . . Wer also das Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland als stabil ansieht, der wird weniger daran glauben, dass Ostdeutsche zu Westdeutschen werden können und umgekehrt“, und damit zugleich der Ansicht sein, das Verhältnis sei insgesamt illegitim.<sup>34</sup> Basieren gegenwärtige Permeabilitätsvermutungen auf Gruppenwahrnehmungen und Mitgliedschaftsunterstellungen, kommen wiederum die Selbst- wie Fremdbilder ins Spiel. Hat sich gezeigt, dass Ost- wie Westdeutsche sich in Eigengruppen verpuppen, speziell die Ostdeutschen kollektiv eine negative soziale Identität entwickeln, und die Hoffnung auf eine Verbesserung der ökonomischen und sozial-integrativen Verhältnisse überwiegend nicht besteht, spricht viel dafür, dass besonders Ostdeutsche die gesellschaftlichen Verhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland sowohl als wenig permeabel als auch zugleich stabil ansehen. Die neuen ökonomischen Verteilungsordnungen und –ergebnisse werden in Ostdeutschland mithin nicht nur als ungerecht eingestuft, sondern auch kollektiv als illegitim bewertet. Sind Stabilität und Legitimität einer politischen Ordnung auch abhängig vom Legitimitätsglauben, verstanden als inneres Einverständnis mit einer Herrschaftsordnung oder als Überzeugung der Gesellschaftsmitglieder, die Funktionsweise der politischen Ordnung stimme weitestgehend mit ihren eigenen moralischen Prinzipien und Ansichten überein, spricht einiges dafür, dass in Fragen der Gerechtigkeit das neue politische demokratische System auf der makroskopischen Ebene wenig Unterstützung und Zustimmung erfährt. Jürgen Maes, Manfred Schmitt und Ulrich Seiler kommen daher zu dem Ergebnis, dass gerade mit Blick auf Gerechtigkeitsnormen „die soziale Ver-

29 Vgl. J. Maes/M. Schmitt/U. Seiler (Anm. 20), S. 194 f.

30 Manfred Schmitt/Jürgen Maes/Andreas Schmal, Ungerechtigkeitsleben im Vereinigungsprozess: Folgen für das emotionale Befinden und die seelische Gesundheit, in: M. Schmitt/L. Montada (Anm. 7), S. 196.

31 „Mehr als 90 % der Ostdeutschen fühlen sich gegenüber den Westdeutschen in einer unterlegenen Position.“ Matthias Jerusalem, Sozialer Wandel, Veränderungserfahrungen und Stressprozesse, in: M. Schmitt/L. Montada (Anm. 7), S. 309. „Die wahrgenommene Unterlegenheit Ostdeutschlands stellt sich insbesondere aus Sicht der Ostdeutschen besonders dramatisch dar“, betonen auch Amélie Mummendey/Thomas Kessler, Deutsch-deutsche Fusion und soziale Identität: Psychologische Perspektiven auf das Verhältnis Ost- zu Westdeutschen, in: H. Esser (Anm. 3), S. 280.

32 J. Maes/M. Schmitt/U. Seiler (Anm. 20), S. 195.

33 Vgl. Dieter Walz/Wolfram Brunner, Das Sein bestimmt das Bewusstsein. Oder: Warum sich die Ostdeutschen als Bürger 2. Klasse fühlen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51/97, S. 13–19. Während etwa Katja Neller (Anm. 19, S. 598) die Ansicht vertritt, dass dem „Status als ‚Bürger zweiter Klasse‘“ große Bedeutung zukommt und er „die Rolle eines ‚Sammelbeckens‘ für andere Negativeinschätzungen“ übernimmt, betont Detlef Pollack, dass 1998 „nur noch . . . 42 Prozent“ der Ostdeutschen bejahen, Bürger zweiter Klasse zu sein, gesteht aber zugleich ein, dass die ostdeutsche Bevölkerung insgesamt ein Anerkennungsdefizit gegenüber Westdeutschland hat; Detlef Pollack, Wirtschaftlicher, sozialer und mentaler Wandel in Ostdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/2000, S. 18. Dies dürfte nicht nur ein Beispiel für die spezifischen Beschränkungen der Politischen Kulturforschung sein, sondern auch dafür, dass die Art der Fragen die Art der Antworten beeinflusst.

34 Thomas Kessler/Amélie Mummendey/Andreas Klink, Soziale Identität und relative Deprivation. Determinanten individuellen und kollektiven Verhaltens in Ostdeutschland nach der Vereinigung, in: M. Schmitt/L. Montada (Anm. 7), S. 233. So bemerkt auch Greiffenhagen: „Gegenwärtig beobachtet man ein beachtliches Legitimationsdefizit, das sich zum großen Teil aus unterschiedlichen Egalitäts- und Gerechtigkeitsvorstellungen erklärt“. Martin Greiffenhagen, Politische Legitimität in Deutschland, Gütersloh 1997, S. 49.

einigung Deutschlands noch weit vor ihrer Vollendung steht“<sup>35</sup>.

Trotz dieser starken allgemeinen Distanz sind die Verhältnisse jedoch so klar nicht. Vielmehr zeigen sich sehr auffällige mentale Inkonsistenzen. So haben sich – erstens – die beiden deutschen Teilgruppen in der Frage einer Akzeptanz *individueller* Leistungsgerechtigkeit angenähert.<sup>36</sup> Zweitens lässt sich bei den mittleren und jüngeren Altersgruppen beiderlei Geschlechts in Ostdeutschland ein Rückgang konventionalistischer Werthaltungen gegenüber dem Themenfeld Arbeit feststellen, dem eine gestiegene Betonung von Werten wie Selbstverwirklichung und persönliche Leistungsentfaltung korrespondiert.<sup>37</sup> Drittens steigt auch der Anteil derer, die einer auf individueller Leistung basierenden Einkommensungleichheit zustimmen. Gleichzeitig aber gilt weiterhin, dass auch diejenigen jüngeren wie mittleren Alterskohorten in Ostdeutschland, die solchen leistungs-basierten Einkommensunterschieden zustimmen, zugleich auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene vehement das Gleichverteilungsprinzip unterstützen.<sup>38</sup> Man hat damit nicht nur ein spezifisches Gemisch verschiedener Gerechtigkeitsnormen vor sich, sondern auch ein Amalgam, das in zwei voneinander entkoppelten Regionen angesiedelt ist und deutliche Dissonanzen aufweist. Gesamtgesellschaftlich wird unvermindert stabil bis ansteigend das Gleichheitsprinzip als Maßstab gesetzt, persönlich aber zunehmend das Leistungsprinzip betont.

Die Erklärung dieses überraschenden Befundes ist nicht ganz einfach und rekuriert nolens volens auf Plausibilitätsannahmen. Weiter oben wurde vermerkt, dass das Item Solidarität/Isoliertheit zwar als Verlust gewertet, aber – wie bei den anderen Verlusttopoi – gerade nicht mit der Dichotomie gerecht/ungerecht belegt wurde. Empfundene Entsolidarisierung wird weder als gerecht noch als ungerecht bewertet. Das ist auch insofern erstaunlich, als die oft beklagte Veränderung von Solidaritätsbeziehungen im Gefolge der Wende in aller Regel Westdeutschland ursächlich sehr negativ zugeschrieben wurde und wird und man daher erwarten sollte, dass gerade hier auch die Kategorie „Ungerechtigkeit“ zu finden sein müsste. Nun

zeigen allerdings Umfragen von Mitte 1996, dass Ostdeutsche jeder Alters- und Einkommensgruppe auch weiterhin eine hohe emotionale und praktische Unterstützung durch ihre Familie und den engeren Freundeskreis erfahren und nur sehr geringe soziale Belastungen (auch im weiteren sozialen Umfeld) verspüren. In allen drei Punkten sind die Unterschiede zu Westdeutschland hochsignifikant.<sup>39</sup> Die Aussage über Solidaritätsverluste nach der Wende ist also nur mit sehr großen Einschränkungen als gültig zu werten und scheint sich überwiegend nicht auf die Familie und den engeren Freundeskreis zu beziehen, sondern sehr viel wahrscheinlicher auf weitere Sozialbeziehungen. Das wird zumindest durch ein anderes Ergebnis stark nahe gelegt. So halten ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger 1999 das Familienleben und Kinder nicht nur für sehr viel wichtiger als Westdeutsche, sondern qualifizieren zugleich auch weitere Sozialbeziehungen (Bekannte/lockere Freundschaftsbeziehungen) als weniger wichtig, als dies Westdeutsche tun.<sup>40</sup> Dieses Ergebnis legt zudem nahe, dass ein möglicher Verlust weiterer Sozialbeziehungen im Grunde auch als nicht so tragisch erscheint. Es könnte sogar sein, dass der unter Notwendigkeitscharakter stehende Modus einer weit ausgreifenden Solidarität zur Bewältigung der sozialistischen Mangelgesellschaft<sup>41</sup> durch die Konsumgesellschaft weitgehend überflüssig geworden ist und ob seines Zwangscharakters auch nicht mehr gesucht oder gewollt wird. Fungiert die Familie als starke Solidargruppe, kompensiert sie den Wegfall ehemals gesamtgesellschaftlicher Rückversicherung und erleichtert damit die Übernahme leistungsbezogener persönlicher Gerechtigkeitsvorstellungen. Es wären mithin die Familien oder einzelne Familienmitglieder, die sich gleichsam auf die Reise unter den durchaus akzeptierbaren Bedingungen der Leistungsgerechtigkeit machten.

Diese Überlegung erhält zusätzliche Plausibilität durch einen direkten, wenngleich nicht sehr stark ausgeprägten Zusammenhang zwischen der stabilen Identifikation als Ostdeutsche bzw. Ostdeutscher und der *individuellen* Strategie des realistischen Wettbewerbs. Die deutliche Identifikation

35 J. Maes/M. Schmitt/U. Seiler (Anm. 20), S. 197.

36 Vgl. Stefan Liebig/Bernd Wegener, Protest und Verweigerung – Die Folgen sozialer Ungerechtigkeit in Deutschland, in: M. Schmitt/L. Montada (Anm. 7), S. 280.

37 Vgl. Rolf Krause/Christine Ettrich/Klaus U. Ettrich, Sozialer Wandel und Befinden – Unsicherheit und psychosomatische Erkrankungen, in: A. Hessel/M. Geyer/E. Brähler (Anm. 12), S. 62–63.

38 Vgl. Bernd Wegener/Stefan Liebig, Dominant Ideologies and the Variation of Distributive Justice Norms, in: J.R. Kluegel/D.S. Mason/B. Wegener (Anm. 8), S. 255.

39 Vgl. Aike Hessel/Michael Geyer/Günter Plöttner/Elmar Brähler, Soziale Unterstützung bei Ost- und Westdeutschen, in: A. Hessel/M. Geyer/E. Brähler (Anm. 12), S. 177.

40 Vgl. E. Brähler/H.-E. Richter (Anm. 23), S. 25.

41 Die Notwendigkeit eines ausgebauten Beziehungsnetzes als Grundlage des „Organisierens“ beschreiben eindrücklich: Klaus Schroeder, Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949–1990, München 1998, S. 571–580; Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Bonn 1998, S. 213–221; Wolfgang Engler, Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, Berlin 1999.

mit einer benachteiligten Gruppe bringt trotz gesamtgesellschaftlich unterstellter geringer Permeabilität einige Individuen dazu, in den Wettbewerb mit der anderen, besser gestellten Gruppe zu treten. Man kann hier nicht nur den Beginn eines solchen Konkurrenzmechanismus beobachten, sondern es ist so auch erklärbar, warum sich neben einer gesamtgesellschaftlich favorisierten Gleichheitsnorm zunehmend auch individuelle Übernahmen von Leistungsgerechtigkeitsvorstellungen verzeichnen lassen – zumal die Wettbewerbsstrategie bei kollektiv negativer sozialer Identität keinerlei Einfluss auf die Ansicht der Legitimität einer politischen Ordnung hat.<sup>42</sup> Persönliche Akzeptanz von Normen der Leistungsgerechtigkeit reduziert weder den Illegitimitätsglauben gegenüber dem politischen System insgesamt noch fördert sie die Legitimitätsvermutung. Individuelle Leistungsgerechtigkeit kann so akzeptiert und real praktiziert werden, ohne dass dadurch zugleich die Einbettung in kollektive Einschätzungen der Illegitimität von Normen der Verteilungsgerechtigkeit torpediert oder tangiert würde. Das heißt umgekehrt aber auch, dass der z. B. von Wolf Wagner vorgeschlagene Abriss von Karriereblockaden für Ostdeutsche und die Eröffnung individueller Leistungspfade nur einen sehr begrenzten Einfluss auf die gesamtgesellschaftliche gerechtigkeitsbezogene Urteilsstruktur in Ostdeutschland hat.<sup>43</sup>

---

### III. Fazit

---

Ordnungsbezogene und sehr viel deutlicher noch ergebnisbezogene Gerechtigkeitsvorstellungen von Gleichheit sind in Ostdeutschland kollektiv verankerte Deutungswerte. Sie variieren kaum mit der persönlichen und materiellen Situation (im weitesten Sinne) der einzelnen Personen. Sie gehen zudem parallel mit gesellschaftlichen Selbst- wie Fremdbildern, die ihrerseits mit einer allerdings wichtigen Ausnahme in einem starken und sich gegenseitig stützenden Wechselverhältnis mit ebenso kollektiv geteilten und personen- wie statusunabhängigen historischen Gewinn- und Verlustbilanzen stehen. Dieses Geflecht unterstützt und stabilisiert die Ausbildung einer gegenüber Westdeutschland negativen kollektiven Identität, welche die Permeabilität zwischen den beiden Teilkulturen als sehr niedrig qualifiziert und damit die Legitimität des neuen politischen Systems in Ostdeutschland zumindest in Fragen der Gerech-

tigkeitsnormen auf niedrigem Niveau hält. Welche Konsequenzen dies haben könnte, ist offen und schwer einzuschätzen. So sprechen etwa Leo Montada und David Mason von einem „sozialen Sprengsatz“, der sich entzünden könnte, wenn diese Unzufriedenheit mit Gerechtigkeitsnormen und -ergebnissen verhaltensrelevant werden würde.<sup>44</sup>

Dieser dramatischen Einschätzung sollte jedoch entgeggehalten werden, dass sich Legitimitätsvorstellungen aus einem ganzen Bündel verschiedener Einstellungen zusammensetzen, etwa Demokratiezufriedenheit, Vertrauen in Institutionen, Protestbereitschaft, und nicht an einem einzigen Faktor hängt. Hinzu kommt, dass zumindest bisher gerade diejenigen, die von den meisten ungerechten Verlusten berichten, am wenigsten zu aktivem Protest und öffentlichen Partizipationsforderungen tendieren. Gleichwohl sollte man die Gerechtigkeitsdifferenz und -distanz auch nicht unterschätzen. Zwar motivieren Ungerechtigkeits Erfahrungen nicht zu aktivem Protest, sehr wohl aber zu Rückzug und Partizipationsverweigerung. Stummer „Exit“ aber führt auf Dauer zur Entfremdung von Bürger und politischem System und blockiert eine positive Verbindung von politischer Struktur und politischer Kultur. Insofern scheint es durchaus gerechtfertigt, davon zu sprechen, dass die permanente Differenz in den Gerechtigkeitsvorstellungen die politisch-kulturelle Verankerung eines politischen System zumindest erschwert.

Damit ist auch gesagt, dass die soziale Integration mit Blick auf Gerechtigkeitsnormen nicht nur noch aussteht, sondern dass sie geradezu durch *wechselseitige* kollektive Stereotypisierungen und sich verfestigende Zuschreibungen verhindert wird. Damit kommt aber den Fremd- wie Selbstbildern in einer erstrebenswerten sozial-kulturellen Integration eine zentrale Rolle zu. Die wechselseitigen zu- und damit abweisenden Etikettierungen in West- wie Ostdeutschland müssen aufgebrochen werden, um einer Neuinterpretation von Erfahrungen den Weg zu bahnen. Es wird also entscheidend darauf ankommen, ob es gelingt, gerade in solch zentralen Fragen wie den gesamtgesellschaftlichen Gerechtigkeitsnormen „die Kategorisierungsebene ‚Ost versus West‘ zu Gunsten einer gemeinsamen Zugehörigkeit“ zu überwinden.<sup>45</sup> Bei der Herausbildung einer gemeinsamen Mitgliedschaft sollte man sich aber nicht allzu sehr auf eine generelle ökonomische Besserstellung Ostdeutschlands verlassen. Zwar haben ökonomische Verbesserungen einen Einfluss auf die jeweili-

42 Vgl. Th. Kessler/A. Mummendey/A. Klink (Anm. 34), S. 250–252.

43 Vgl. mit Rückgriff auf Norbert Elias die Vorschläge von W. Wagner (Anm. 22), S. 175–180.

44 L. Montada (Anm. 12), S. 270; D. S. Mason (Anm. 28), S. 67.

45 Th. Kessler/A. Mummendey/A. Klink (Anm. 34), S. 256.

gen Perzeptionsmuster und deren Veränderung, dieser Einfluss ist aber in sehr viel dauerhaftere Urteilsgrundlagen eingelassen und deshalb auch viel geringer als üblicherweise angenommen. Auch sollte man nicht allzu sehr auf Individualstrategien setzen und aus der fallweisen Übernahme leistungsorientierter Gerechtigkeitsnormen die Herausbildung eines gesamtdeutschen Bewertungsraumes ableiten. Zwar mögen auch hier gewisse Annäherungstendenzen durch Gewöhnung angestoßen werden, gleichzeitig können jedoch zwei verschiedene Gerechtigkeitsnormen ohne Interferenz nebeneinander existieren. Akzeptanz westdeutscher Muster im individuellen Handeln führt keineswegs notwendig zum Abbau von kollektiven Abgrenzungen und Typisierungen.<sup>46</sup>

Abbau von abgrenzenden Stereotypen scheint mir hingegen möglich durch eine aufrichtige öffent-

---

46 So heben K. Arzheimer/M. Klein (Anm. 18, S. 387–388) hervor, dass selbst bei Jugendlichen (mit Ausnahme der Hochgebildeten), die nur wenige oder gar keine Erfahrungen mit dem System der DDR gemacht haben, die Aussage, die DDR habe mehr gute als schlechte Seiten gehabt, befürwortet wird. Via Erzählgemeinschaft werden nicht nur kollektive Einschätzungen der Vergangenheit an die neue Generation weitergegeben, sondern es spricht nun einiges dafür, dass diese Einschätzungen gerade bei den meisten, auf Selbstverwirklichung setzenden Jugendlichen die Ressourcen bilden für die Übernahme der makroskopischen Gleichheitsnorm und damit der Ungerechtigkeitsbeurteilung.

liche Auseinandersetzung um die differenten Gerechtigkeitsvorstellungen und eine ebenso aufrechte Suche nach und Prüfung von gemeinsam akzeptierbaren Gerechtigkeitsnormen. Dabei kommen die jeweiligen Wertbindungen und Erinnerungswelten reflexiv nicht nur in die Öffentlichkeit und werden einer Kritik ausgesetzt, die als Streit zugleich sozial integrativ wirkt. Vielmehr werden sich in dieser Diskussion und kommunikativen Neubestimmung normativer gesellschaftspolitischer Rahmen *beide beteiligten Seiten* verändern (müssen). Viel spricht dafür, dass die kulturelle Integration und die (normativ bestimmte) Kongruenz von politischer Struktur und politischer Kultur dann Aussicht auf Erfolg hat, wenn sich beide Seiten wandeln und zugleich bereit sind, zumindest Teile des „underlying generative framework“ zu ändern.<sup>47</sup> Dies könnte nicht nur der Ertrag aus der Gerechtigkeitsforschung für Ost- und für Westdeutschland sein, sondern zugleich eine Realisierung von Bürgerkultur selbst: Anerkennung, demokratische Toleranz und kommunikativ-partizipative Verständigungsbereitschaft.

---

47 Die Veränderung des gesellschaftlich zugrunde liegenden und weiterhin wirksamen Rahmens hat Nancy Fraser als die sinnvollste Strategie bezeichnet, gesellschaftliche Ungerechtigkeitsurteile zu verändern. Vgl. Nancy Fraser, *Justice Interruptus. Critical Reflections on the „Postsocialist“ Condition*, New York u. a. 1997.